

Je Woche

17. Jahrgang

ISSN 1862 – 1996



Kulturrexpress

Unabhängiges Magazin

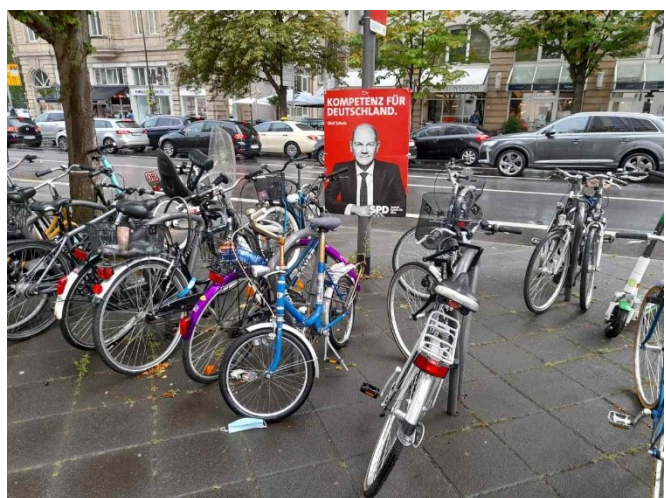


Foto © Kulturrexpress

Wahlplakate

Bundestagswahlen

September 2021

Ausgabe 32

vom 08. – 14. August 2021

Inhalt

- Teil 6: DIE LINKE will bezahlbaren Wohnraum vorrangig im Bestand
- Teil 5: AfD will die Schaffung von Wohneigentum fördern
- Teil 4: Freie Demokraten wollen, Wohnen soll bezahlbar bleiben
- Teil 3: GRÜNE wollen, das Recht auf Wohnen soll ins Grundgesetz
- Teil 2: CDU will bezahlbaren Wohnraum in Städten und neues Leben in den Dorfkernen
- Teil 1: SPD will "Bezahlbares Wohnen"
- Interview mit Architekt Ben van Berkel
- Architektur lesen! Rechte Räume. Politische Essays und Gespräche
- Frankfurt empfängt Olympiamannschaft auf dem Römerberg
- WEM GEHÖRT MEIN DORF?
Regie: Christoph Eder (BRD) Spannender Dokumentarfilm mit viel Gegenwind bei Wachstum und Investitionen im Ostseebad Göhren auf Rügen
- Interview mit dem Regisseur Christoph Eder
WEM GEHÖRT MEIN DORF? (2021)

Zeitschrift für Kunst, Kultur, Philosophie, Wissenschaft, Wirtschaft und Industrie

Kulturexpress verpflichtet sich unabhängig über wirtschaftliche, politische und kulturelle Ereignisse zu berichten. Kulturexpress ist deshalb ein unabhängiges Magazin, das sich mit Themen zwischen den Welten aus Wirtschaft und Kultur aber auch aus anderen Bereichen auseinandersetzt. Das Magazin bemüht sich darin um eine aktive und aktuelle Berichterstattung, lehnt jedoch gleichzeitig jeden Anspruch auf Vollständigkeit ab.

Impressum

Herausgeber Rolf Maass
Postfach 90 06 08
60446 Frankfurt am Main
mobil +49 (0)179 8767690

www.kulturexpress.de
www.kulturexpress.info
www.svenska.kulturexpress.info
Kulturexpress in gedruckter Form
erscheint wöchentlich

Finanzamt IV Frankfurt a/M
UST-idNr.: DE249774430
redaktion@kulturexpress.de

Parteien vor der Bundestagswahl am 26. September 2021 zum Thema: Wohnen und Bauen



Teil 6: DIE LINKE will bezahlbaren Wohnraum vorrangig im Bestand

Gefordert ist ein eigenständiges Teilhabegesetz für Senior*innen, das den Rechtsanspruch auf volle soziale Teilhabe festschreibt, zum Beispiel den Anspruch auf **barrierefreies Wohnen** und wohnortnahe Gesundheitsversorgung im Alter, wofür die Kommunen in die Pflicht genommen werden. Die bisherigen Leistungen und Angebote sollen aus **Paragraf 71 SGB XII** aufgenommen werden und unter

den Aspekten der Selbstbestimmung und der Selbstermächtigung weiterentwickelt werden.

Gefordert ist ein eigenständiges Teilhabegesetz für Senior*innen, das den Rechtsanspruch auf volle soziale Teilhabe festschreibt, zum Beispiel den Anspruch auf **barrierefreies Wohnen** und wohnortnahe Gesundheitsversorgung im Alter, wofür die Kommunen in die Pflicht genommen werden. Die bisherigen Leistungen und Ange-

bote sollen aus **Paragraf 71 SGB XII** aufgenommen werden und unter den Aspekten der Selbstbestimmung und Selbstermächtigung weiterentwickelt werden.

DIE LINKE kämpft in breiten Bündnissen für eine **Neuausrichtung der Mieten- und Stadtentwicklungspolitik** an der Seite der Mieter*innen sowie der vielen Initiativen, die sich gegen Verdrängung und für ein Recht auf Wohnen einsetzen. Gefordert sind lebenswerte Städte und Dörfer für alle. Das Ziel ist klar: **Mietenexplosion** und Verdrängung stoppen, die Mieten wieder senken und langfristig eine **gemeinnützige Wohnungswirtschaft** aufbauen.

Die Linke will einen **Mietendeckel** im gesamten Bundesgebiet möglich machen. Ziel: die Explosion der Mieten nicht nur bremsen, sondern beenden und rückgängig machen. Besonders hohe Mieten müssen abgesenkt werden. Die **Mietpreisbremse** der Regierung funktioniert nicht. Kampagne "**Mietenstopp**" und bundesweit überall dort, wo es einen angespannten **Wohnungsmarkt** gibt, einen Mietenstopp für bestehende Mietverträge gefordert. Dort müssen die Mieten eingefroren werden. Kommunen sollen ermächtigt werden, einen angespannten Wohnungsmarkt festzustellen. Auch für Kleingewerbe sollen die Voraussetzungen vereinfacht werden: Der Bund muss dafür sorgen, dass Länder und Kommunen rechtssicher Mietendeckel für Kleingewerbe, Handwerk, kulturelle Einrichtungen sowie für soziale und gemeinnützige Träger einführen können.

Derzeit fehlen mehr als fünf Millionen Wohnungen für Menschen mit geringem Einkommen, von denen viele in **Einpersonenhaushalten** leben. In den vergangenen 15 Jahren hat sich die Zahl von **Sozialwohnungen** fast halbiert. Denn geförderte Sozialwohnungen dürfen teilweise schon nach 15 Jahren wieder teuer vermietet werden.

Mit 15 Milliarden Euro im Jahr soll dagegegeng gehalten werden – um den **sozialen Wohnungsbau** zu retten, den **kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsbau** ankurbeln, den vorhandenen **Wohnungsbestand energetisch und demografiefest** umbauen, über Förderung und Belegungsrechte die soziale Wohnraumversorgung stärker nutzbar machen und einen nicht profitorientierten Wohnungssektor aufbauen. Die öffentliche Hand wird mit einer **Reform des Baugesetzbuches** dazu befähigt, den Bau von Sozialwohnungen gegenüber Investoren auch tatsächlich durchzusetzen. Ehemalige Kasernen umwandeln in Sozialwohnungen: Da sich diese Gebäude in öffentlicher Hand befinden, sollen sie nicht der Privatwirtschaft überlassen bleiben, sondern zu günstigem Wohn- und Gewerberman umgestalten.

Mit der Einführung einer neuen Wohnungsgemeinnützigkeit verbindet sich die Förderung und steuerliche Vergünstigungen dauerhaft an **Mietobergrenzen**, eine Pflicht zur Reinvestition von Gewinnen sowie demokratische Mitbestimmungsrechte für Mieter*innen. So können bis zu 250.000 Sozialwohnungen und weitere kommunale und genossenschaftliche Wohnungen pro Jahr entstehen. Für sie gilt: Einmal gefördert, immer gebunden. Genossenschaften sollen so stärker gefördert und demokratisiert werden.

Neue Wohnformen wie **Mietshäusersyndikate** und **Mieter*innengemeinschaften** fördern. Der Bund soll neue Mietshäusersyndikate mit Zuschüssen und zinslosen Darlehen fördern. Fördermittel sollen gezielt zum Bau von Wohnungen eingesetzt werden, die für Menschen mit geringem Einkommen erschwinglich sind. Für alleinstehende Frauen, die in (Alters-)Armut leben, für alleinerziehende Frauen und für Frauen, die häuslicher Gewalt ausgesetzt sind, muss preiswerter und sicherer Wohnraum geschaffen werden.

Überall einen prozentualen Mindestanteil von Sozialwohnungen, um eine Mischung der Viertel

sicherzustellen und den Trend zur Bildung von **Parallelgesellschaften der Reichen** in Innenstädten und Villenvierteln zu stoppen. 50 Prozent des Wohnungsbestands in öffentlicher und gemeinnütziger Hand. Das **Modell Wien** zeigt: Günstiger Wohnraum in gutem Zustand und mit hoher Wohnqualität für die Mehrheit der Menschen ist möglich. Perspektivisch soll der Wohnungsbestand komplett dem Markt entzogen werden.

Der **Kündigungsschutz für Gewerbemietverträge** muss grundlegend geändert werden. Es braucht öffentliche Gewerberaumanbieter zur Sicherung gemeinnütziger Mieter*innen. Die generelle Befristung von Gewerbemietverträgen abschaffen. Die Kündigung durch die Vermieterseite soll rechtlich eingeschränkt werden. Bezahlbaren Wohnraum vorrangig im Bestand schaffen. **Bauordnungen** müssen hierfür neu ausgerichtet werden, sodass Bauen im vorhandenen Bestand erleichtert wird. Bei Entscheidungen über die Zulässigkeit von **Abriss- und Neubaumaßnahmen** müssen soziale Ziele und Ziele der **energetischen Nachhaltigkeit** mehr Gewicht bekommen.

Ein weitgehendes **Umwandlungsverbot** von Miet- in Eigentumswohnungen. Der Wunsch nach **Wohneigentum** darf nicht auf Kosten derjenigen gehen, die schon in den Wohnungen wohnen. Mietwohnungen in Kommunen mit angespanntem Wohnungsmarkt dürfen nicht als **Ferienwohnung** angeboten werden. Für nicht-kommerziellen Wohnungstausch von privat zu privat eine **Fairbnb-Alternative** zu Anbietern wie **Airbnb** schaffen, die Wohnraum zweckentfremden, nur auf Profite zielen und an den Börsen notiert sind.

Die Mieten von **Mikroapartments** und möblierten Wohnungen, mit denen die Mietpreisbremse umgangen und noch mehr Profit aus den Immobilien gepresst wird, sollen gedeckelt werden.

Das Recht auf Kündigung wegen **Eigenbedarf** darf nur noch für die engste Familie gelten. Vorgeäuschter Eigenbedarf wird bestraft. Menschen, die seit langer Zeit in ihrer Wohnung leben oder über 70 Jahre alt sind oder an einer schweren Erkrankung leiden sowie Alleinerziehenden soll gar nicht mehr wegen Eigenbedarf gekündigt werden dürfen.

Den **Kündigungsschutz** verbessern: Wenn Rückstände bei der Miete beglichen sind, darf nicht gekündigt werden. Der **Milieuschutz** muss ausgeweitet werden. Gegen **Mietwucher**, Entmietung und andere Formen des Missbrauchs sind wirksame Kontrollen, eine **öffentliche Beschwerdestelle** und deutlich mehr Personal nötig, um die Rechte der Mieter*innen effektiv durchzusetzen. Vermieter*innen, die gegen den Mietendeckel verstoßen, müssen bestraft werden. Die strafrechtliche Verfolgung von Mietwucher erleichtern.

Mieter*innen sollen auch als Gemeinschaft und im Gewerbebereich ein Vorkaufsrecht auf ihre Häuser erhalten. In allen öffentlichen Unternehmen braucht es demokratische Mieter*innenräte. Bundesweit deshalb ein neues Mieter*innen-Mitbestimmungsrecht gefordert. Es braucht kollektive Mieter*innenrechte und ein Recht auf **Mietstreik**.

Der **Klimaschutz** bei Gebäuden ist entscheidend: Hier wird ein großer Teil der Treibhausgase verursacht. Doch bisher wird **energetische Sanierung** allzu oft für eine Mietsteigerung benutzt und führt dann auch zu Verdrängung. Das schadet der Akzeptanz des Klimaschutzes. Klimaschutz ohne Mieterhöhung! Die **Modernisierungumlage** soll abgeschafft werden, sie dient der Mietsteigerung – nicht dem Klimaschutz. Aufschläge auf die Miete sollen nur noch in Höhe der erreichten **Einsparung bei Heizung und Warmwasser** zulässig sein. Auch arme Menschen haben ein Recht auf energetisch sanierten Wohnraum. Kurzfristig soll eine Klimakomponente bei den Kosten der Unterkunft und

Heizung eingeführt werden und das Wohngeld angemessen erhöht werden.

Gefordert ist ein **bundesweiter Klimacheck** aller Gebäude bis 2025. Mit verbindlichen **gebäude-scharfen Stufenplänen**, die bis zu einem bestimmten Zeitpunkt flexibel zu erreichende **Energieeffizienzniveaus** zum Inhalt haben, soll bis 2035 ein **klimaneutraler Gebäudebestand** garantiert werden. Die **CO2-Steuer** darf nicht auf die Miete umgelegt werden.

Die **Sanierungsquote** muss mindestens verdreifacht werden und zwar **sozialverträglich**, also nahezu warmmietenneutral und mietrechtlich abgesichert. Vermieter*innen, die die Kosten einer energetischen Sanierung nicht tragen können, können sich unter den **Schirm der Wohnungsgemeinnützigkeit** begeben. Dadurch erhalten sie Zugang zur vollen öffentlichen Förderung der Sanierungskosten und verpflichten sich im Gegenzug zur gemeinnützigen Bewirtschaftung ihrer Wohnungen.

Die Förderkulisse auf ein **Sofortprogramm** klimagerechte und **sozialverträgliche Erneuerung von Siedlungsbauten** der Nachkriegszeit (erbaut zwischen 1949 und 1978) ausrichten. Dafür sollen – zusätzlich zur Aufstockung der laufenden Programme der **Kreditanstalt für Wiederaufbau** (KfW) auf dauerhaft mindestens 10 Milliarden Euro jährlich – noch einmal 5 Milliarden Euro pro Jahr bereitgestellt werden.

Sanierungsberater*innen sollen innerhalb eines Sozialplanverfahrens gemäß **Paragraf 180 BauGB** an **Klimastützpunkten** beratend (für die Mieter*innen schützend) tätig sein und sozialverträgliche **Quartierssanierungskonzepte** koordinieren.

Weiterbildungs- und Zertifizierungsprogramme für Handwerker und Baubetriebe auflegen, um zu qualitativ guten und preiswerten energetischen Sanierungen zu kommen. Die **Neubaustandards** sollen gesetzlich auf den **Effi-**

zienzstandard KfW 40 angehoben werden. Fördermittel, die gegenwärtig noch in die Neubaueffizienzförderung fließen, müssen vollständig umgeleitet werden in die sozialverträgliche energetische Sanierung. Neben der Steigerung der Gebäudeeffizienz ist der **Restenergiebedarf** schrittweise – aber mit deutlich höherem Tempo – durch regenerative Energie zu decken. Die zentrale Rolle spielt dabei die **Wärmepumpe**. Der Einbau fossiler Heizungen muss dabei schnellstmöglich gestoppt werden. Auch in dicht besiedelten Räumen soll die Nutzung der **Erdwärme** möglich gemacht werden: durch vom Staat und den Kommunen betriebene **Erdwärmeanlagen**, die jeweils mehrere Wohnblocks versorgen.

Hindernisse für **ökologische Baumaterialien** im Baurecht werden beseitigt. Zugleich braucht es eine **Ökobilanz** für Neubauprojekte, um stärker im Bestand zu bauen und Ressourcen zu sparen. Schluss mit dem Abriss von preisgünstigen Wohnungen mit erhaltenswerter Bausubstanz zugunsten von teuren Neubauten! **Ökologische Baumaterialien** (z.B. Holzbauweise) wo es sinnvoll und möglich ist, sollen im Baurecht verbindlich sein. Bei der Vergabe von Fördermitteln zur energetischen Sanierung ist nicht nur die **Reduzierung des Energieverlusts** pro Quadratmeter, sondern auch die **Reduzierung des Energieverbrauchs** bei der Produktion und Verarbeitung von Baustoffen über ihren **gesamten Lebenszyklus** hinweg zu berücksichtigen.

Eine der zentralen Ursachen für steigende Mieten ist die **Explosion der Bodenpreise**. Seit 1964 sind die Bodenpreise durchschnittlich um mehr als 1.800 Prozent gestiegen. Allein in den vergangenen Jahren haben sich die Preise in den großen Städten fast verdreifacht. Dagegen braucht es dringend Maßnahmen, um das sich immer schneller drehende **Spekulationskarussell** mit Grund und Boden anzuhalten und endlich wieder bezahlbaren Wohnungsbau zu ermöglichen.

Die Privatisierung öffentlicher Grundstücke sollen mit einem **Bodensicherungsgesetz** ausgeschlossen werden. Öffentlichen Boden soll nur noch in **Erbbaurecht** vergeben werden. Um den Anteil öffentlichen Eigentums am Boden zu erhöhen, ist ein **Ankaufprogramm** in Höhe von zwei Milliarden Euro jährlich gefordert, aus dem Bund, Länder und Kommunen Mittel für den Erwerb von Boden erhalten. Die **Liegenschaftspolitik** muss von der Finanzpolitik entkoppelt werden, damit die öffentliche Hand auch Bodenbevorratung betreiben kann. Die **Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA)** und das **Bundeseisenbahnvermögen (BEV)**, die bisher der finanziellen Verwertung öffentlicher Liegenschaften verpflichtet sind, sollen auf soziale, ökologische und gemeinnützige Zwecke festgelegt werden.

Das Vorkaufsrecht der Kommunen stärken: Es soll überall ohne Ausnahme und innerhalb von bis zu sechs Monaten ausgeübt werden können. Ein preislimitiertes Vorkaufsrecht, das sich nicht am spekulativen "Marktpreis" orientiert, sondern an bezahlbaren Mieten (sozialer Ertragswert) für die Bewohner*innen. Spätestens seit der Finanzkrise sind die Städte und Gemeinden massiv ins Visier von Spekulanten geraten.

Den **Spekulationskreislauf**, an dem sich wenige auf Kosten der Vielen bereichern, soll mit einem **Anti-Spekulations-Gesetz** durchbrochen werden: Wohnraum darf kein Spekulationsobjekt an der Börse mehr sein, Immobilien- und Hedgefonds soll die Zulassung entzogen werden. Spekulationen mit Bauland stoppen. Deshalb sollen leistungslose Gewinne durch den Wertzuwachs an Grundstücken über eine **Bodenwertzuwachssteuer** abgeschöpft werden.

Steuertricks beim massenhaften Kauf und Verkauf von Wohnungen, wie sogenannte **Share Deals**, sollen unterbunden werden. Gewinne durch Spekulation, Unternehmensbeteiligungen und Immobilienverkäufe werden stärker besteuert. Bilanztricks werden in Zukunft unter anderem durch Angleichung der Bilanzierungen

verhindert. Private Immobilienverkäufe dürfen auch nach zehn Jahren bis auf einen individuellen Freibetrag nicht mehr steuerfrei sein.

Zudem wird ein **öffentlich einsehbares Immobilienregister** gefordert. Zweckentfremdung von Wohn- und Gewerberaum muss verboten werden, leerstehenden Wohn- und Gewerberaum wird beschlagnahmt und der Zwischennutzung zugeführt. Die **zivilgesellschaftliche Wiederaneignung** von zweckentfremdeten Räumen "**Besetzungen**" wird legalisiert. Grundsätzlich soll die Besetzung von seit mindestens einem Jahr leerstehendem Wohnraum zu einem dauerhaften Wohnrecht führen, es sei denn, die Eigentümer*innen verpflichten sich, den Wohnraum zu sozialverträglichen Mieten zur Verfügung zu stellen.

Die Immobilienkonzerne gehören zu den Krisengewinnern. Sie müssen daher überdurchschnittlich an den Kosten beteiligt werden. Deshalb ist eine einmalige Sonderabgabe auf Immobilienerträge gefordert, die vor allem große Konzerne mit mehr als 3.000 Wohnungen treffen soll. Großen Wohnungskonzernen wie Vonovia und Deutsche Wohnen, die systematisch Mietwucher betreiben, soll das Handwerk gelegt werden als Teil der Kampagne "Deutsche Wohnen & Co enteignen".

Niemand soll **ohne Obdach** sein. Als kurzfristige Nothilfe bis zur Durchsetzung bezahlbarer Mieten soll das Wohngeld erhöht werden. Die **Coronakrise** ist nicht vorbei: Das Moratorium für Kündigungen und Räumungen muss verlängert werden. Mietrückstände müssen erlassen werden. Räumung in die **Wohnungslosigkeit** soll grundsätzlich verboten werden, das Recht auf Wohnen ins **Grundgesetz** aufgenommen werden. Die unwürdige Unterbringung von **Geflüchteten**, Wohnungslosen oder Saison- und Wanderarbeiter*innen in Massenunterkünften werden beendet. Ansatz **Housing First** in der Bekämpfung von Obdachlosigkeit verankern.

Während vielerorts die Mieten explodieren, stehen in einigen **ländlichen Regionen** Wohnungen und Häuser leer. Es wird zu wenig investiert, der Mietwohnraum in strukturschwachen Regionen ist immer weniger bedarfsgerecht. Nicht erst seit Corona gibt es auf dem Land wie in den Städten Ladensterben und kulturelle Verödung. Für den **sozialökologischen Umbau** und die Belebung von Innenstädten und Dorfkernen ist eine neue Ausrichtung von Regionalpolitik und Städtebauförderung des Bundes notwendig. Ausbau einer **frauengerechten und familienentlastenden Infrastruktur** in zentraler und ortsnahe Lage mit guter Erreichbarkeit. Zukunftsfeste Städte heißt auch schönere Städte ohne Werbung. Für ein Verbot gewerblicher Außenwerbung in Innenstädten.

Landkreise, Städte und Gemeinden müssen beim Aufbau digitaler Infrastrukturen unterstützt werden. **Smart City** darf kein Geschäftsmodell großer Konzerne bleiben. Neue Technologien gehören in Bürger*innenhand, um ihre Teilhabe bei der Entwicklung des Wohnumfelds zu verbessern.

Der Verdrängung von Kleingärten mit einem **Kleingartensicherungsprogramm**

entgegenstellen. Flächensparend und ökologisch bauen. Stadtgrün wie Parks, Kleingärten und Gemeinschaftsgärten (**Urban Gardening**) durch Investitionen fördern. Ungerechtfertigte **Altschulden** aus dem **DDR-Wohnungsbau** endlich streichen. Es braucht ein **Investitionsprogramm** für den Stadtumbau, um die einseitige **Fokussierung auf Automobilität** zu überwinden und die Lebensqualität zum Beispiel durch **Spielstraßen** zu steigern.

Foto (c) Kulturexpress, Angaben aus dem aktuellen Parteiprogramm DIE LINKE

Siehe auch: Teil 1: SPD will "Bezahlbares Wohnen"

Siehe auch: Teil 2: CDU will bezahlbaren Wohnraum in Städten und neues Leben in den Dorfkernen

Siehe auch: Teil 3: GRÜNE wollen, das Recht auf Wohnen soll ins Grundgesetz

Siehe auch: Teil 4: Freie Demokraten wollen, Wohnen soll bezahlbar bleiben

Siehe auch: Teil 5: AfD will die Schaffung von Wohneigentum fördern

Siehe auch: Teil 6: DIE LINKE will bezahlbaren Wohnraum vorrangig im Bestand

Parteien vor der Bundestagswahl am 26. September 2021 zum Thema: Wohnen und Bauen

Teil 5: AfD will die Schaffung von Wohneigentum fördern

Fehlender Wohnungsneubau, Landflucht, die zunehmende Zahl der Ein-Personen-Haushalte sowie die ungezügelt und gesetzeswidrige Migration führen dazu, dass es für untere und mittlere Einkommensgruppen in angespannten Märkten

zusehends schwerer wird, eine bezahlbare Wohnung zu finden. Um diesen Tendenzen entgegenzuwirken, müssen nicht nur die Voraussetzungen für bedarfsgerechten Wohnungsneubau z. B. durch die Ausweisung von Bauland geschaffen,



sondern auch die Kosten substantziell gesenkt werden. Die AfD fordert daher die Reduktion der überzogenen Standards und Vorgaben, die Streichung der Energieeinsparverordnung sowie den Brand-, den Wärme- und den Schallschutz auf ein notwendiges Mindestmaß zurückzufahren.

Benötigt wird eine bundesweite **Vereinfachung und Vereinheitlichung des Baurechtes** und eine Beschleunigung von Verfahren durch Bürokratieabbau und Digitalisierung. Die **Grunderwerbsteuer** auf selbstgenutzte Wohnimmobilien ist ersatzlos zu streichen. Damit Einheimische besser auf das vorhandene Angebot zugreifen können, ist der Erwerb von Wohnimmobilien durch Käufer ohne deutsche Staatsbürgerschaft, deren Hauptwohnsitz im Ausland liegt, über eine

Erhöhung der Grunderwerbsteuer auf 20 Prozent zu erschweren. Die Grundsteuer und Gebühren wie die **EEG-Umlage** und die GEZ-Gebühren (Haushaltsabgabe) sind zu streichen. Der Ausgleich der Grundsteuer an die Gemeinden ist vom Bund zu leisten.

Wohneigentum befreit den Bürger von der **Mietzahlung**. Es trägt zum Vermögensaufbau bei, minimiert die Belastung durch Wohnkosten im Alter und vermindert damit Altersarmut. Daneben ist aber Eigentum auch ein sozialer Faktor, der vielfach unterschätzt wird. Wohngebiete mit einer hohen Eigentumsquote sind sozial stabil. Eigentum führt zu einem verantwortlichen Umgang mit einer Wohnung und stabilisiert das soziale Umfeld.

Die AfD will die Schaffung von Wohneigentum durch folgende Maßnahmen fördern: **Staatliche Wohnungsunternehmen** sollen Mietern ihre

Wohnung zum Kauf anbieten. Insbesondere für junge Familien ist das **Erbbaurecht** als kostengünstiger Einstieg in das Eigentum auszubauen. **Wohnungsbaugenossenschaften** sollen bei **Vergabe von Wohnbauland** bevorzugt werden, um mehr Bürgern den Einstieg in das Wohneigentum zu erleichtern. **Staatliche Bürgschaften als Eigenkapitalersatz** für bis zu 10 Prozent des Objektwertes sollen den Kauf von Wohnraum erleichtern. Gefordert wird eine **steuerliche Sonderabschreibung** für die eigengenutzte Immobilie.

Die AfD steht für ein **ausgewogenes Mietrecht** und lehnt **staatliche Überregulierungen** sowie Investitionshemmnisse wie die **Mietpreisbremse** oder den **Mietendeckel** ab.

Der bisherige **soziale Wohnungsbau** ist gescheitert, er kann nur einen Bruchteil der Berechtigten erreichen. Er führt zu Fehlbelegungen und verursacht hohe Kosten für den Steuerzahler. Es

ist besser, einkommensschwache Mieter vermehrt mit **Wohngeld** zu unterstützen, wodurch eine soziale Durchmischung gewährleistet wird. Reicht das Wohngeld nicht aus, um sich eine Wohnung zu sichern, ist den Bürgern zusätzlich ein kommunales Wohngeld zu zahlen.

Foto (c) Kulturrexpress, Angaben aus dem aktuellen Parteiprogramm der AfD

Siehe auch: Teil 1: SPD will "Bezahlbares Wohnen"

Siehe auch: Teil 2: CDU will bezahlbaren Wohnraum in Städten und neues Leben in den Dörfern

Siehe auch: Teil 3: GRÜNE wollen, das Recht auf Wohnen soll ins Grundgesetz

Siehe auch: Teil 4: Freie Demokraten wollen, Wohnen soll bezahlbar bleiben

Siehe auch: Teil 5: AfD will die Schaffung von Wohneigentum fördern

Siehe auch: Teil 6: DIE LINKE will bezahlbaren Wohnraum vorrangig im Bestand

Parteien vor der Bundestagswahl am 26. September 2021 zum Thema: Wohnen und Bauen

Teil 4: Freie Demokraten wollen, Wohnen soll bezahlbar bleiben

Das Bauland und somit auch der Wohnraum in den Städten wird knapper, die Mieten steigen immer weiter. Dagegen hilft vor allem: Mehr Flächen mobilisieren und mehr bauen. Enteignungen, Mietpreisbremse oder Mietendeckel sorgen letztlich für weniger Wohnraum. Auch der Traum vom Eigenheim rückt durch hohe Kosten für immer mehr Menschen in weite Ferne. Die Freien Demokraten wollen dafür sorgen, dass Wohnen auch

in Zukunft bezahlbar bleibt und sich der Traum vom Eigenheim für mehr Menschen erfüllen lässt.

Freie Demokraten wollen die Bürgerinnen und Bürger beim **Erwerb von selbst genutztem Wohneigentum** entlasten. Dazu sollen bei der Grunderwerbsteuer ein Freibetrag von bis zu 500.000 Euro für natürliche Personen eingeführt werden. Der Freibetrag soll wiederauffüllbar sein, damit dieser bei einem Verkauf für einen neuen Erwerb wieder zur Verfügung steht. Das



erleichtert den Menschen, ihren Traum vom eigenen Haus oder der eigenen Wohnung zu verwirklichen und zugleich für das Alter vorzusorgen. Für mehr **Steuergerechtigkeit** sollen zudem die **missbräuchliche Umgehung der Grunderwerbsteuer durch Immobilieninvestoren** mittels sogenannter **Share Deals** mit einer Gesetzesänderung verhindert werden.

Freie Demokraten fordern mehr **barrierefreien oder -armen Wohnraum in Bestand und Neubau**. So soll den Menschen ermöglicht werden, möglichst lange selbstbestimmt in ihrem gewohnten Umfeld leben zu können. Ein breites Bündnis von Bund, Ländern, Kommunen, aus Wissenschaft und Praxis, Politik und Gesellschaft soll das Thema „**Wohnen im Alter**“ mehr in das Bewusstsein aller Akteure rücken und Lösungen erarbeiten. Bestehende Förderungen sollen zusammengeführt werden. **Anreizmodelle** sollen den **Lock-In-Effekt** verhindern, damit sowohl

ältere Menschen als auch junge Familien passenden Wohnraum finden.

Freie Demokraten wollen Bauen günstiger machen. Durch die Vielzahl von Vorschriften entstehen massive Kosten. Daher sollen ein **Baukosten-TÜV** helfen, der neue Regelungen auf ihre Kosten für Bauen und Wohnen ermittelt. Ziel ist es, kostenverursachende Normen zu vermeiden und den Entscheiderinnen und Entscheidern eine transparente Grundlage für ihr Handeln zur Verfügung zu stellen. Insbesondere EU-Richtlinien dürfen nicht über das erforderliche Maß hinaus umgesetzt werden. Die Empfehlungen der **Baukostensenkungskommission** erfordern eine konsequente Umsetzung. Ebenso sollen auch bestehende kostensteigernde Regelungen kritisch überprüft und gegebenenfalls angepasst werden.

Freie Demokraten wollen die **Mietpreisbremse** abschaffen und einen bundesweiten **Mietendeckel** verhindern. Die Möglichkeiten zur Abschreibung für Wohnungsbauinvestitionen sollen verbessert werden. Die lineare Abschreibung muss von zwei auf drei Prozent erhöht werden. Darüber hinaus ist die Aktivierung von Bauland notwendig, beispielsweise durch eine stärkere Zusammenarbeit der Länder mit der **Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA)**.

Mietpreisbremse und Mietendeckel schaffen nachweislich keine neuen Wohnungen und haben sogar zu einer Verknappung des Angebots geführt. Auch die zahlreichen Regelungen im Rahmen sogenannter **Erhaltungsverordnungen** oder das immer komplexer werdende Mietrecht machen die Vermietung von Wohnraum unnötig kompliziert.

Freie Demokraten wollen die Genehmigungsverfahren vor dem Bauen beschleunigen. Dazu sollen die Chancen des seriellen und modularen Bauens nutzen sowie ein **digitales und teilautomatisiertes Baugenehmigungsverfahren** entwickelt werden. Die **Bauordnungen** aller Länder müssen harmonisiert werden, sodass dort einheitliche Anforderungen an den **modularen und seriellen Bau** enthalten sind. Ferner muss die sogenannte **Genehmigungsfiktion** gesetzt werden: Wenn die Bauherrin oder der Bauherr alle Unterlagen vorlegt und die Behörde nicht innerhalb eines bestimmten Zeitraums auf den Antrag reagiert, gilt er als genehmigt und die Bau-tätigkeit kann beginnen.

Freie Demokraten wollen ein **Baulücken- und Potentialflächenkataster** einführen. Auf dessen Grundlage können die Gemeinden mit angespannten Wohnungsmärkten konkrete **Zeit- und Maßnahmenpläne** zur Bebauung dieser Flächen entwickeln. Hindernisse bei der **Wiederverwertung von Brachflächen** sind konsequent zu beseitigen. Der Bund muss die Länder im Rahmen der **Bauministerkonferenz** außerdem zu einer **Entbürokratisierung des Dachausbaus** und der

Dachaufstockung, etwa bei der **Stellplatz- und Aufzugspflicht**, anhalten und mittels der Kreditanstalt für Wiederaufbau (**KfW**) ein entsprechendes Förderprogramm auflegen.

Freie Demokraten wollen den **digitalen Bauantrag** einführen, um die Bearbeitung zu vereinfachen, zu beschleunigen und teilweise zu automatisieren. Denn die Arbeitsabläufe und Verfahren in den Genehmigungsbehörden sind aus der Zeit gefallen. Wie bei der Steuererklärung sollen für alle Antragsteller ein bundesweit zentrales digitales Portal geschaffen werden, mit dem digitale Bauanträge eingereicht werden können.

Freie Demokraten wollen für Menschen mit niedrigem Einkommen einen echten Zugang zu günstigem Wohnraum schaffen. Dazu muss sich die **soziale Wohnraumversorgung** an der potentiellen Mieterin beziehungsweise am potentiellen Mieter und nicht nur am Bau von neuen Sozialwohnungen orientieren. Zahlungsschwache Wohnungssuchende sollen den Zugang zum freien **Wohnungsmarkt** mithilfe des **Wohngeldes** erleichtern. Erst wenn dort die Wohnungssuche erfolglos bleibt, soll die Berechtigung auf Bezug einer Sozialwohnung erteilt werden.

Foto © Kulturrexpress, Angaben aus dem aktuellen Parteiprogramm der Freien Demokraten

Siehe auch: Teil 1: SPD will "Bezahlbares Wohnen"

Siehe auch: Teil 2: CDU will bezahlbaren Wohnraum in Städten und neues Leben in den Dörfern

Siehe auch: Teil 3: GRÜNE wollen, das Recht auf Wohnen soll ins Grundgesetz

Siehe auch: Teil 4: Freie Demokraten wollen, Wohnen soll bezahlbar bleiben

Siehe auch: Teil 5: AfD will die Schaffung von Wohneigentum fördern

Siehe auch: Teil 6: DIE LINKE will bezahlbaren Wohnraum vorrangig im Bestand

Parteien vor der Bundestagswahl am 26. September 2021 zum
Thema: Wohnen und Bauen

Teil 3: GRÜNE wollen, das Recht auf Wohnen soll ins Grundgesetz



Wohnen ist ein Menschenrecht. Aber es wird immer schwieriger, überhaupt Wohnungen zu finden. Mieten und Immobilienpreise steigen vielerorts ohne Ende. Großstädte teilen sich immer stärker in Einkommenstadtteile auf. Den Innenstädten geht das Leben verloren. Viele Städte brauchen eine Neuausrichtung hin zu einem gemeinwohlorientierten Wohnungsmarkt. Deshalb gilt es zu handeln, damit gerade auch Familien, Studierende, Menschen mit Behinderungen, ältere Menschen oder Geringverdiener*innen nicht in Bedrängnis geraten, sondern gut und sicher wohnen können. Die GRÜNEN wollen das Recht auf Wohnen ins Grundgesetz aufnehmen.

In Deutschland sind derzeit etwa 700.000 Menschen wohnungslos, 40.000 von ihnen leben ohne Obdach auf der Straße, darunter mehr und mehr junge Menschen, Frauen und Familien. Um diesen Zustand zu beenden, wollen die GRÜNEN ein **nationales Aktionsprogramm** zur Vermeidung und Bewältigung von Wohnungs- und Obdachlosigkeit auflegen. Dabei ist der **Housing-First-Ansatz** ein zentraler Baustein, bei dem Obdachlose in eine Wohnung einziehen können, ohne sich zuvor für Hilfe „qualifizieren“ zu müssen. Kein Mensch soll ohne Obdach und eine dauerhafte würdevolle Unterbringung sein. Zudem soll ein **Wohn- und Mietengipfel** einberufen werden, der einen echten Dialog auf Augenhöhe zwischen den Mieter*innen-Vertretungen, der Wohnungswirtschaft sowie Bund, Ländern und Kommunen schafft und gemeinsam neue, zukunftsfähige wie soziale Konzepte erarbeitet.

Klimaziele können nur mit einer konsequenten **Bauwende** hin zu **Ressourcen** schonendem und nachhaltigem Bauen erreicht werden. Bei jeder **Städtebau- und Gebäudeplanung** sind künftig **der gesamte Stoff- und Energieverbrauch für Bau, Betrieb und späteren Rückbau** umfassend zu berücksichtigen. Eine **Lebenszyklusbetrachtung** soll verpflichtend für alle Baumaßnahmen werden, Erhalt und Aufbau auf Bestehendem bekommt Vorrang vor Neubau. Ziel ist eine komplette stoffliche Wieder- oder Weiterverwertung.

Gesetzt wird auf **Veränderung der ökonomischen Rahmenbedingungen**, ein **Gebäude-Ressourcen-Gesetz** und verbindliche **Klimaschutzstandards** bei allen gesetzlichen Vorgaben, Normen und Bauordnungen sowie eine **nachhaltige Holzbaustrategie**, damit künftig energie- und Ressourcen schonend und giftfrei gebaut wird. Die öffentliche Hand muss bei alledem ihrer Vorbildfunktion gerecht werden. Die Forschung an und Markteinführung von nachhaltigen, klimafreundlichen Baumaterialien sollen gestärkt werden. Holz ist ein wertvoller Rohstoff, es gilt seinen gezielten und effizienten Einsatz im Blick

zu behalten, damit Häuser nachhaltig, aber zugleich Wälder nicht übernutzt werden. Gefordert werden außerdem die **Digitalisierung von Planen und Bauen**. Um Gebäude kreislaufgerecht planen, bauen und modernisieren zu können, wird ein **digitaler Gebäude-Materialpass** mit allen relevanten Informationen über die verwendeten Materialien eingeführt – Gebäude und Bauschuttdeponien werden so zu Rohstoffminen.

Die **Reduktion des Flächenverbrauchs** bei der Siedlungsentwicklung spielt eine zentrale Rolle beim Natur- und Artenschutz. Mit entsprechenden rechtlichen Vorgaben und Anreizen soll der Vorrang der Innenentwicklung und flächensparendes Bauen realisiert werden. Nicht mehr benötigte versiegelte Flächen werden der Natur zurückgegeben. **Künftig wird mehr hoch als breit gebaut, Verkehrsflächen werden reduziert**. Flächen, die noch versiegelt werden, müssen ortsnah durch **Entsiegelung** ausgeglichen werden. Das bedeutet den Einstieg in eine **Flächenkreislaufwirtschaft**, die letztlich keinen Nettoverbrauch an Boden mehr benötigt. Ferner setzen sich die GRÜNEN dafür ein, dass § 13 b des Baugesetzbuches nicht über das Jahr 2022 hinaus verlängert wird.

Den **Verbrauch an Boden in Natur und Landwirtschaft** soll drastisch reduziert werden – in einem ersten Schritt auf unter 30 Hektar pro Tag deutlich vor 2030. Dazu werden gemeinsam mit den Ländern und Kommunen Instrumente umgesetzt, mit denen Bauen auf jetzigem Ackerland und Naturboden wirksam begrenzt wird.

Der **Wohnungsmarkt** darf **kein Ort für Spekulant*innen** sein. Zu häufig werden Immobilien zur Geldwäsche genutzt, das gilt es zu beenden. Geplant ist, **Transparenz** durch ein **Immobilienregister der Eigentümer*innen** einzuführen, die Grundbücher auch für Journalist*innen, Nichtregierungsorganisationen und die Bewohner*innen der Immobilien kostenfrei zugänglich zu machen.

Es gilt **Bargeld beim Immobilienkauf** zu verbieten. Außerdem wollen die GRÜNEN den Missbrauch von sogenannten „**Share Deals**“ zur Steuerumgehung beenden und setzen auf eine anteilige Besteuerung des Immobilienbesitzes bei Unternehmensverkäufen. **Veräußerungsgewinne** aus privaten Immobiliengeschäften müssen angemessen besteuert werden. Die **Spekulation mit Bauland** soll unterbunden werden. Wenn in Kommunen große Wohnungsnot herrscht, ergibt sich daraus eine Pflicht für Eigentümer*innen, Grundstücke zu bebauen, statt auf höhere Preise zu spekulieren. Auch gegen **Fehlnutzungen** und spekulativen Leerstand von Wohnraum soll verstärkt vorgegangen werden. Zudem soll das Baugesetzbuch die Möglichkeit einer **Ausgleichsabgabe** zugunsten der Kommunen eröffnen.

Steigende Preise von Grund und Boden haben steigende Bau- und Wohnkosten zur Folge, was wiederum zu Verdrängung führt. Bei Fehlentwicklungen ergibt sich hieraus eine besondere **Verpflichtung, staatlich einzugreifen**. Es soll erreicht werden, dass die **öffentliche Hand** wieder eine strategische und gerechte **Bodenpolitik** betreibt. Der Bund soll seine eigenen Immobilien nicht länger meistbietend verkaufen, sondern gezielt die Schaffung von bezahlbarem und nachhaltigem Wohnraum, kulturellen, sozialen und gemeinwohlorientierten Einrichtungen

fördern. Dafür soll die **Bundesanstalt für Immobilienaufgaben** in einen **gemeinnützigen Bodenfonds** umwandeln. Der Fonds kauft neue Flächen strategisch zu und überträgt sie an gemeinwohlorientierte Träger. Die Flächen sollen bevorzugt in **Erbpacht** vergeben werden, um **Sozialwohnungen** dauerhaft sichern zu können. Werden sie veräußert, sollen Kommunen und **kommunale Wohnungsgesellschaften** ein **Erstzugriffsrecht** erhalten. Die Einnahmen des Fonds fließen nicht in den Haushalt, sondern werden für den Zukauf weiterer Flächen verwendet.

Foto (c) Kulturrexpress, Angaben aus dem aktuellen Parteiprogramm der GRÜNEN

Siehe auch: Teil 1: SPD will "Bezahlbares Wohnen"

Siehe auch: Teil 2: CDU will bezahlbaren Wohnraum in Städten und neues Leben in den Dorfkernen

Siehe auch: Teil 3: GRÜNE wollen, das Recht auf Wohnen soll ins Grundgesetz

Siehe auch: Teil 4: Freie Demokraten wollen, Wohnen soll bezahlbar bleiben

Siehe auch: Teil 5: AfD will die Schaffung von Wohneigentum fördern

Siehe auch: Teil 6: DIE LINKE will bezahlbaren Wohnraum vorrangig im Bestand

Parteien vor der Bundestagswahl am 26. September 2021 zum Thema: Wohnen und Bauen

Teil 2: CDU will bezahlbaren Wohnraum in Städten und neues Leben in den Dorfkernen

Vom bezahlbaren Wohnraum in Städten über neues Leben in den Dorfkernen nach der Corona-Krise, von der Bewahrung der Natur und wirtschaftlicher Ent-

wicklung in allen Regionen bis hin zur guten Nahversorgung und Verkehrs-anbindung. Hier setzt die CDU auf ein neues Denken: Nicht alle Probleme werden mit



immer mehr Geld gelöst. Vielmehr wird ein Mix aus Investitionen, neuen Frei-räumen, Experimentierfeldern und Anreizsystemen sowie Stärkung von Eigeninitiativen geboten. Gleichzeitig setzt sich die CDU für den Zusammenhalt in der Gesellschaft ein, stärkt Ehrenamt und Sport, bietet Integration und schafft moderne Bedingungen, damit sich Kultur und Kreativität nachhaltig entwickeln können.

In der **Corona-Pandemie** hat sich gezeigt, wie wichtig es ist, eine Wohnung zu haben, in der man sich wohlfühlt und Platz hat zum Leben und auch, um zumindest zeitweise dort zu arbeiten. Genug Wohnraum in einem intakten Umfeld ist ein Ziel der Schwesterparteien CDU und CSU. Wo **Wohnraum** teuer ist oder fehlt, wie in vielen Großstädten, heißt die Devise: **mehr, schnell,**

modern und bezahlbar bauen. Wo Gebäude alt sind, gilt es, sie auf den heutigen Stand zu bringen und **energetisch zu sanieren.** Der Wunsch nach einem **Eigenheim** soll schneller in Erfüllung gehen. Eine Politik gegen Einfamilienhäuser ist gegen die Interessen der Menschen und mit der CDU nicht zu machen.

Der beste **Mieterschutz** ist und bleibt ausreichender Wohnraum. Auf rechtlich fragwürdige und ungeeignete Eingriffe, wie den **Mietendeckel**, soll nicht gesetzt werden, sondern das Problem soll an der Wurzel gepackt werden. Nur wenn das **Wohnungsangebot** steigt, können Mieten stabil bleiben. Ziel ist, dass bis 2025 mehr als 1,5 Millionen neue Wohnungen entstehen. Die neue **Wohnraumoffensive** soll fortgeführt und auf eine starke Wirtschaftsbranche, gute Bedingungen und Wertschätzung für das Handwerk und die Freien und Planenden Berufe gesetzt werden.

Als Investitionsanreiz werden die derzeit befristeten **Abschreibungsmöglichkeiten beim Mietwohnungsbau** verlängert. Derjenige, der neue Mietwohnungen schafft, soll auch nach Ende fünf Prozent der Anschaffungs- und Herstellungskosten zusätzlich von der Steuer absetzen können. **Planungs- und Genehmigungsverfahren** werden beschleunigt und gemeinsam mit den Ländern Umsetzungshemmnisse abgebaut. Die **Anzahl der Bauvorschriften** soll signifikant verringert werden. Ein Bauantrag für Wohnimmobilien soll regulär zwei Monate nach vollständiger Vorlage aller notwendigen Unterlagen abschließend bearbeitet sein – andernfalls gilt er grundsätzlich als genehmigt. Der Platz in Großstädten und Metropolregionen ist endlich bedingt. Deshalb gehört zu einer ehrlichen Baupolitik auch, **das Umland zu stärken** – vor allem durch eine starke **Anbindung an Bus und Bahn** sowie eine moderne Grundversorgung.

Nachhaltig und bezahlbar bauen heißt für die CDU, **umweltfreundliche Baustoffe** zu verwenden und flexibel Bauland auszuweisen, aber den **Flächenverbrauch gering zu halten, barrierefrei zu bauen** und den **sozialen Wohnungsbau** zu fördern.

Das **Bauen mit Holz** und die **Verwendung von Recyclingmaterial** soll deutschlandweit stärker vorankommen. Die **Bauwirtschaft** soll zu einer **Kreislaufwirtschaft** werden, die auf mehr heimischen Baustoffen – wie zum Beispiel Sand, Gips und Holz – basiert und Recyclingmaterial in Bauteilen nutzt.

Es heißt, das große Potenzial von **Nachverdichtung, Aufstockung von Gebäuden, An- und Ausbauten, Überbauung von Parkplätzen** und Supermärkten und der **Brachflächenentwicklung** ausschöpfen. Deshalb wird die Brachlandentwicklung im Rahmen der Städtebauförderung verstärkt und die Nachverdichtung gefördert. Mit dem **Baulandmobilisierungsgesetz** ist es für Kommunen einfacher geworden, Bauland auszuweisen und auch innerörtliche Flächen zu

mobilisieren. So sollen ihre Möglichkeiten – unter **Beachtung des Grundsatzes Innen- vor Außenentwicklung** – noch weiter vergrößert und ihnen noch mehr Flexibilität eingeräumt werden.

Die CDU will den **sozialen Wohnungsbau** weiter fördern und das **Wohngeld** regelmäßig anpassen. Wohnraum muss auch für Menschen mit geringem Einkommen bezahlbar sein. Beim sozialen Wohnungsbau wird mit den Ländern erörtert, ob sie auf jeden Bundes-Euro mindestens einen Euro drauflegen und zweckgebunden einsetzen.

Wichtig ist, dass Menschen möglichst lange **in der eigenen Wohnung**, im Haus oder im **angestammten Wohnviertel** leben können. Deshalb sollen die dafür erforderlichen Investitionen in den **altersgerechten und barrierefreien Umbau** – insbesondere über KfW-Programme – unterstützt werden.

Mehr **Flächen für den Wohnungsbau** sollen mobilisiert werden. Dazu wird geprüft, wie **Grundbesitzer**, die landwirtschaftliche Flächen für Bauland zur Verfügung stellen, die dabei **erzielten Einnahmen steuerbegünstigt** in den **Mietwohnungsbau** reinvestieren können. So werden Städte und Ballungsräume entlastet.

Die **energetische Sanierung des Gebäudebestands** ist ein Muss. Nur so können die **Klimaziele** erreicht werden. Gleichzeitig müssen vor allem **Mieter vor finanzieller Überlastung** geschützt sein.

Die **Wohnungsbaugesellschaften** werden in die Pflicht genommen. Zudem wird die steuerliche **Förderung der energetischen Sanierung**, insbesondere von Betriebsgebäuden und von vermieteten Wohnungen, weiter verbessert. **Schrittweises Sanieren** soll besser gefördert werden, da schon kleinere Maßnahmen wichtig und wirksam sind.

Die CDU wird „**Mieterstrom**“ voranbringen und noch bestehende Hemmnisse abbauen – auch um lokale Zusammenschlüsse zu erleichtern. Mieter sollen genauso von der **Energiewende** profitieren wie Eigenheimbesitzer.

Innenstädte, Stadtteilzentren und Ortskerne sollen erhalten bleiben. Sie müssen nach der **Corona-Krise** neugestaltet und in ihrer Funktion als Orte der Begegnung und Vielfalt gestärkt werden. Lebendige Fußgängerzonen, Marktplätze und der Einzelhandel vor Ort machen die Städte lebenswert. Gleichzeitig stehen die Einzelhändler mit der **Digitalisierung** und dem **E-Commerce** vor enormen Herausforderungen. Auch die Corona-Pandemie stellt für sie eine historische Belastung dar. Deshalb wird die CDU einen **Zukunftspakt für Innenstädte** schmieden. Als wichtigen Teil des Pakts werden wir zusätzlich zu den bestehenden Städtebauprogrammen ein **Förderprogramm „Attraktive Innenstadt“** auflegen, von dem auch kleinere Städte und Gemeinden profitieren. Damit sollen deutlich mehr Mittel bereitstehen, beispielsweise für die Modernisierung von Fußgängerzonen oder den Umbau von Passagen und Ladengeschäften. Auch Dorf- und Innenstadtmanager mit einschlägigem Know-How sollen so gefördert werden können.

Smart-City-Konzepte sollen entwickelt werden und ein eigenständiges Programm für mehr Grünflächen und natürliche Vielfalt in der Stadt auflegen.

Auch die **Dorfkernsanierung** wird noch stärker gefördert. Alle Altersgruppen sollen mitten im Ort am öffentlichen Leben teilhaben können. Dazu wird Wohnraum im Ortskern für Alt und Jung neu in den Blick genommen, die dortige

Ansiedlung von Unternehmen und Startups mit Investitionszulagen fördern und den **Ausbau der Mehrfunktionshäuser und Dorfläden** unterstützen.

Auf dem Land werden begleitend zum massiven **Breitbandausbau Co-Working-Spaces für kreatives Arbeiten** gefördert. So werden Kleinstädte gestärkt, Dörfer und ländliche Räume und entlasten die Ballungszentren. Gleichzeitig wird etwas für den Klimaschutz getan, weil viele Pendlerströme vermieden werden.

Die CDU hat ein **gesamtdeutsches Fördersystem für strukturschwache Regionen** geschaffen. Damit will sie den Grundstein legen, dass die Regionen, die im Struktur- oder demografischen Wandel stehen, neue Kraft gewinnen und sich neu erfinden können. Strukturschwache Regionen und ländliche Räume werden weiter verlässlich gefördert und dort massiv in die Infrastruktur jeder Art investiert.

Foto © Kulturrexpress, Angaben aus dem aktuellen Parteiprogramm der CDU

Siehe auch: Teil 1: SPD will "Bezahlbares Wohnen"

Siehe auch: Teil 2: CDU will bezahlbaren Wohnraum in Städten und neues Leben in den Dörfern

Siehe auch: Teil 3: GRÜNE wollen, das Recht auf Wohnen soll ins Grundgesetz

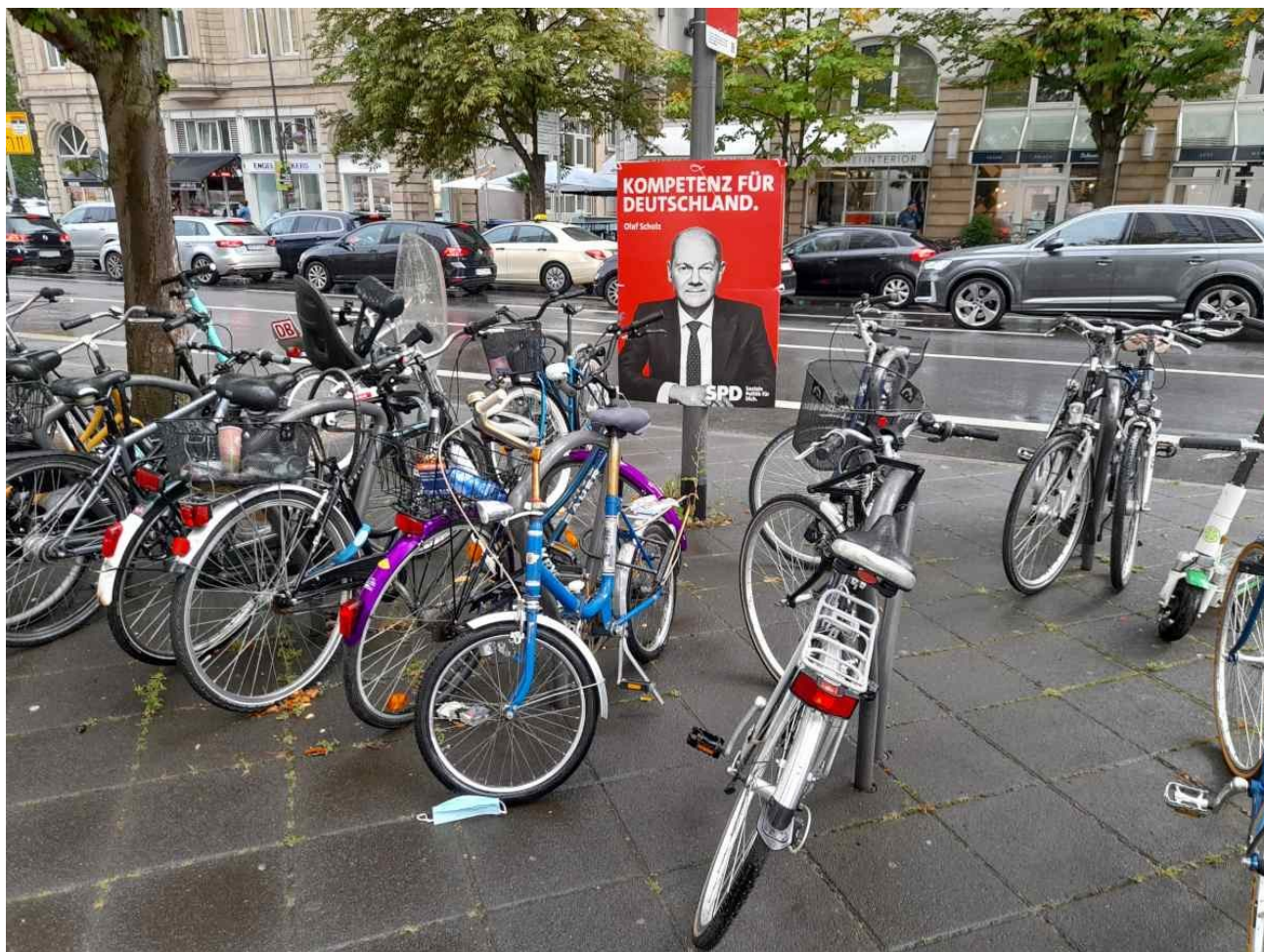
Siehe auch: Teil 4: Freie Demokraten wollen, Wohnen soll bezahlbar bleiben

Siehe auch: Teil 5: AfD will die Schaffung von Wohneigentum fördern

Siehe auch: Teil 6: DIE LINKE will bezahlbaren Wohnraum vorrangig im Bestand

Parteien vor der Bundestagswahl am 26. September 2021 zum
Thema: Wohnen und Bauen

Teil 1: SPD will "Bezahlbares Wohnen"



Eine Wohnung zu finden wird in vielen Lagen zu einer immer größeren Herausforderung – selbst mit mittlerem Einkommen. Die SPD will bezahlbaren Wohnraum erhalten und neu schaffen. Dazu sollen alle Beteiligten an einen Tisch kommen. Kommunale Wohnungsunternehmen und Genossenschaften, aber auch private Wohnungsunternehmen und Vermieter*innen, die sich einer sozialverträglichen Vermietung verpflichtet füh-

len, sowie die Bauwirtschaft und die Gewerkschaften sollten dabei sein.

Die SPD sagt, es gibt eine gemeinsame Verantwortung aller Beteiligten vor allem für den erforderlichen **Neubau** sowie die **Quartiersentwicklung** und den **Klimaschutz**. Nach wie vor ist der Neubau von 100.000 Sozialwohnungen jährlich erforderlich. Daneben will die SPD eine neue **Wohnungsgemeinnützigkeit** einführen und fördern damit ein zusätzliches nicht gewinnorientiertes Segment auf dem Wohnungsmarkt schaffen.

In angespannten Wohnlagen werden ein **zeitlich befristetes Mietenmoratorium** eingeführt, das bedeutet: Mieten können für eine bestimmte Zeit nur im Rahmen der Inflationsrate erhöht werden. **Mietwucher** will die SPD wirksam unterbinden. Die **Mietpreisbremse** soll entfristet werden und Schlupflöcher geschlossen.

Das Instrument des qualifizierten Mietspiegels soll bundesweit nach einheitlichen und damit rechtssicheren Kriterien ausgestaltet werden und seine Bedeutung gestärkt sein. **Mietspiegel** dürfen keine bloßen **Neumietenspiegel** sein. Deshalb werden künftig mindestens die vertraglich vereinbarten Mieten der vergangenen acht Jahre bei ihrer Aufstellung herangezogen.

Die **Bodenpolitik** der SPD will sich am Gemeinwohl orientieren. Bund, Länder und Kommunen sollen öffentliches Eigentum an Grundstücken sichern und vermehren, um die Spekulation mit Grund und Boden zu stoppen. Dazu ist das **Vorkaufsrecht für Kommunen** zu fairen Preisen wichtig.

Die SPD will dazu beitragen, dass **kommunale Wohnbauflächen** nicht veräußert werden, Flächen zurückerworben werden und **öffentliches Bauland** nur auf dem Weg der **Erbpacht für den Wohnungsbau** zur Verfügung gestellt wird. Mit der Schaffung von **Bodenfonds** unter Einbeziehung bundeseigener Grundstücke erhalten Kommunen ein Instrument für die nachhaltige Stadtentwicklung und **bezahlbaren Wohnungsbau**.

Die **Liegenschaftspolitik** des Bundes wird sich auch in Zukunft an städtebaulichen Prioritäten ausrichten und die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum in den Kommunen unterstützen. Die SPD wird die bislang nach einer Zehn-Jahres-Frist geltende Steuerfreiheit für Veräußerungsgewinne nicht selbst genutzter Grundstücke abschaffen und einen **Planungswertausgleich** einführen, um leistungslose Bodenwertgewinne der Allgemeinheit zukommen zu lassen.

Um die **Spekulation mit Wohnraum** einzudämmen, werden die **Eigentümerstrukturen** über ein **zentrales Immobilienregister** transparent machen. Wohneigentum dient nicht nur der Versorgung mit Wohnraum, sondern auch der Vermögens- und Alterssicherung.

Um insbesondere jungen Familien den Weg zu den eigenen vier Wänden zu erleichtern, wird die SPD in angespannten Wohnlagen den Erwerb von **Genossenschaftsanteilen** erleichtern. **Mietkaufmodelle** sollen gefördert werden und ein Programm „**Jung-Kauft-Alt**“ für den Erwerb von Bestandsimmobilien insbesondere in vom Leerstand betroffenen Ortskernen auflegen.

Menschen, die in **Obdachlosigkeit** abgerutscht sind, muss die Gesellschaft nachhaltig helfen. Deshalb will die SPD eine flächendeckende Umsetzung von **Housing-First-Konzepten** in den Städten und Kommunen voranbringen. Die sehr hohen Erfolgsquoten dieser Projekte ermöglichen die Rückkehr in die eigene Wohnung und damit ein Leben in Würde.

Die **Corona-Pandemie** verstärkt die Strukturveränderungen in den Innenstädten und Stadtteilmitteln. Das betrifft den Einzelhandel, die Gastronomie und das Hotelgewerbe ebenso wie Museen, Theater, Büchereien und Kinos. Die gemeinsam mit den Ländern getragene **Städtebauförderung** soll abgesichert werden. Die SPD unterstützt die Städte dabei, die Innenstädte lebendig zu halten und notwendige Nutzungsänderungen mitgestalten zu können, unter anderem durch eine **Mietpreisbegrenzung**, einen **Mieterschutz im Gewerbeimmobilienbereich**, durch **Konzepte zur Revitalisierung von Standorten** und die Förderung von **Co-Working-Spaces** in den Innenstädten. Ein besonderes Augenmerk liegt auf der **Entwicklung im ländlichen Raum**. Die SPD fördert generationenübergreifende, alternative und barrierefreie Wohnformen in Städten und Quartieren.

Foto © Kulturrexpress, Angaben aus dem aktuellen Parteiprogramm der SPD

Siehe auch: Teil 1: SPD will "Bezahlbares Wohnen"

Siehe auch: Teil 2: CDU will bezahlbaren Wohnraum in Städten und neues Leben in den Dörfern

Siehe auch: Teil 3: GRÜNE wollen, das Recht auf Wohnen soll ins Grundgesetz

Siehe auch: Teil 4: Freie Demokraten wollen, Wohnen soll bezahlbar bleiben

Siehe auch: Teil 5: AfD will die Schaffung von Wohneigentum fördern

Siehe auch: Teil 6: DIE LINKE will bezahlbaren Wohnraum vorrangig im Bestand

INTERVIEW

Interview mit Architekt Ben van Berkel



Futuristische Fassaden, dynamische Formen, innovative Funktionen: Das Amsterdamer Architekturbüro UNStudio steht seit 33 Jahren für Projekte, die weltweit Anerkennung finden. Ein Attribut, das für den Projektentwickler Bauwerk im Jahr 2018 ausschlaggebend dafür war, eine Zusammenarbeit für ein Objekt anzustoßen, das seit Frühjahr 2021 in der Münch-

ner Infanteriestraße nahe dem neuen Kreativquartier entsteht. Gemeinsam haben UNStudio und Bauwerk über zwei Jahre ein Gebäude entwickelt, das Wohnen nicht in Quadratmetern, sondern in Qualitätsmetern denkt und das mit seiner Fertigstellung 2023 eine architektonische und konzeptionelle Benchmark für Mün-

chen setzen wird. Der Name des Projektes, Van B, ist angelehnt an den Mitgründer von UNStudio: Ben van Berkel. In diesem Interview gibt der visionäre Vordenker Antworten darauf, inwiefern Van B niederländische Wohnprinzipien in die Architektursprache des Münchner Projektes übersetzt, warum das Gebäude wie ein maßgefertigtes Möbel im Stadtraum wirkt und welche Bedeutung Van B für ihn persönlich hat.

„Diese Art zu leben, ist die Zukunft“

Ein Interview mit Architekt Ben van Berkel von UNStudio Amsterdam über das Münchner Wohnbauprojekt Van B.

Herr Van Berkel, Sie selbst sagen über Van B, das Projekt werde eine Hauptrolle innerhalb der zeitgenössischen Architektur Münchens spielen. Was macht Van B so besonders?

Ben van Berkel: Van B ist eine innovative Mischung aus multifunktionaler und anpassungsfähiger Raumnutzung, einem Indoor-Outdoor-Wohngefühl und einem Sinn für Gemeinschaft.

Und es ist sehr aktuell: Es zielt darauf ab, eine Antwort auf die Wohnungskrise zu formulieren, die wir derzeit in unseren Städten erleben. Mit einer Vielzahl von neuen Ideen und Konzepten wird Van B Teil des notwendigen Diskurses über die Verdichtung in München, da es einen alternativen Weg für die horizontale und nicht die vertikale Expansion bietet.

Dieser Diskurs ist durch die Corona-Pandemie noch wichtiger geworden. Denn sie hat die Wohnsituation vieler Menschen und damit den



Ben van Berkel, Foto (c) Els Zweerink/ Van B

Wohnungsmarkt zusätzlich unter Druck gesetzt, da einzelne Räume in unseren Wohnungen sehr schnell multifunktional werden, also zugleich als Büro, Fitnessstudio, Wohnzimmer und Schlaf-ecke dienen mussten.

Sie haben die Corona-Pandemie angesprochen. Es scheint, als ob die dadurch erzwungene Distanz die Menschen zu etwas beflügelt hat, was in deutschen Großstädten bisher keine allzu wichtige Rolle spielte: dem Miteinander – auch unter Nachbarn. Van B greift diesen Trend auf und setzt neben Sharing-Flächen auch auf ein „Innen-Außen-Wohnen“. Was ist unter diesem Ansatz zu verstehen und woher kommt er?

Die Idee des Inside-Outside-Living ist eine sehr niederländische. Wenn bei uns die Sonne auch nur droht herauszukommen, kann man uns oft dabei beobachten, wie wir unsere Tische und

Stühle auf die Bürgersteige vor unseren Häusern schleppen. Schon in den ersten Frühlingstagen versammeln sich die Menschen vor ihren Haustüren und genießen ein Familienessen oder sie treffen sich mit ihren Nachbarn.

Dieses Lebensgefühl wollten wir in Van B zitieren. In dem Projekt erwachsen viele Qualitäten aus einer Verbindung mit der Natur und der Schaffung von Zusammengehörigkeit und Lebendigkeit: der Außenraum als Erweiterung unserer Wohnräume. In den Wohnungen schaffen große Erkerfenster – auch Bay Windows genannt – sowie Balkone Sichtverbindungen zwischen den Wohnungen und der von schönen Platanen gesäumten Infanteriestraße. Fast werden die eigenen vier Wände so zu einem kleinen Baumhaus. Zum Hof hin haben wir im Erdgeschoss Gallery-Lofts entworfen, die die Bewohner einladen, ihren Wohnraum zu öffnen und in den Garten zu erweitern. Mit eigener Hausnummer ausgestattet, wirken diese dreistöckigen Wohnungen fast wie kleine Häuser, die in das Gebäude eingebettet sind.

Warum glauben Sie, dass das Prinzip auch in München funktionieren wird?

Sicherlich sind wir in den Niederlanden mehr an das Innen-Außen-Wohnen gewöhnt. Aber wir sind der festen Überzeugung, dass ein gutes Wohnprojekt, wo auch immer es verortet ist, nicht nur schöne private Innenräume schaffen sollte, sondern auch Räume, in denen sich Menschen begegnen und miteinander interagieren können. Die Pandemie hat deutlich gemacht, wie wichtig soziale Verbindungen für unser Wohlbefinden sind. Wir sehen heute mehr denn je, dass viele Menschen das Bedürfnis haben, regelmäßig mit ihren Familien, Freunden und Nachbarn zusammenzukommen. Aber gerade bei Nachbarn sind solche Begegnungen meist spontan und müssen daher erleichtert werden. Architektur kann einen Rahmen schaffen, in dem sich Nachbarschaftsgemeinschaften bilden und spontane Treffen stattfinden können – egal,

ob man in Deutschland, den Niederlanden oder anderswo lebt.

Die Dynamik, die im Inneren durch Interaktion entsteht, trägt das Gebäude auch nach außen. Denn es scheint tatsächlich wie in Bewegung versetzt. Die Fassade von Van B wirkt futuristisch. Ihre Plastizität wird durch das Materialkonzept verstärkt. Und dennoch wirkt der Baukörper nicht, als sei er in die Umgebung hineingepresst. Wie haben Sie das geschafft?

Unsere Entwürfe sehen zwei Fassaden-Prinzipien vor, die auf die Gegebenheiten des Grundstücks reagieren. Zu den belebten Straßenraum-Seiten öffnet sich das Gebäude und generiert mit hervorstehenden Erkern und Balkonen Nahtstellen zwischen privatem und öffentlichem Raum. Diese Nischen laden die Bewohner dazu ein, aktiv am Straßenleben teilzunehmen und dieses mitzugestalten. Von der Barbarastrasse weg zum Innenhof hin öffnen sich diese Erker zu einem terrassenartigen Fassadenmotiv.

Diese Plastizität der Fassade wird durch ein Materialkonzept verstärkt, das auf der Dualität von zwei Materialien beruht. Die rötlich schimmernden und präzise geschnittenen Metallflächen bilden einen deutlichen Kontrast zur monolithischen und rauen Oberfläche des Glasfaserbetons. Das schafft eine starke Identität für das Gebäude. Zugleich nehmen die Metalldetails farblich Bezug auf Materialien, die vor Ort schon vorkommen – und lassen das Gebäude dadurch wie ein maßgefertigtes Möbel im Stadtraum wirken.

Wie sehr hat die Umgebung – wie beispielsweise das zukünftige Kreativquartier – den Entwurf geprägt oder inspiriert?

Zu Beginn des Entwurfsprozesses haben wir uns die Gebäude in der Umgebung angesehen – insbesondere im Hinblick auf die verwendeten Materialien, die verschiedenen städtebaulichen Typologien und die Merkmale des Geländes als Ganzes –, um diese vorhandenen Qualitäten in

Van B aufzunehmen. Als Teil dieser Analyse untersuchten wir auch die künftig geplanten Entwicklungen rund um das Grundstück und welche Art von Nutzern diese anziehen würden. Die schöne Infanteriestraße in Kombination mit dem Geist des zukünftigen Kreativquartiers gleich nebenan haben uns zu der Idee geführt, das Innen-Außen-Wohnkonzept auf diesen Standort zu übertragen. Das Projekt ist so konzipiert, dass es mit dem Stadtgefüge der Umgebung zusammenwirkt, ohne aber seine eigenständige Identität aufzugeben.

Ihr Architekturbüro entwickelt weltweit Projekte, die Benchmarks setzen, für Visionen stehen und immer wieder ausgezeichnet werden. Vor diesem Hintergrund: Welche Bedeutung hat Van B für Sie persönlich?

Van B ist eines der aufregendsten Projekte, an denen wir in den vergangenen Jahren gearbeitet

haben, weil es so einzigartig und so notwendig ist und weil es eine Antwort auf so viele aktuelle Bedürfnisse gibt. Es ist das erste Mal, dass wir diese Art Wohnen designen: ein Gebäude, das kompakten und flexiblen Wohnraum bietet und die Idee von Gemeinschaft mitdenkt. Gleichzeitig schafft es durch seine stilvolle Geometrie ein elegantes Erscheinungsbild. Und ich glaube, dass diese Art zu leben die Zukunft ist.

www.van-b.de

Meldung: Anschütz + Company, PR-Agentur Van B/ Bauwerk

Siehe auch: Münchner Wohnbauprojekt Van B von UNStudio

VIDEOGESPRÄCH

Architektur lesen! Rechte Räume. Politische Essays und Gespräche

Vortrag von Stephan Trüby

Gibt es eine architektonische und städtebauliche Agenda hinter der Politik zeitgenössischer rechtspopulistischer, rechtsradikaler, rechtsextremistischer und (neo-)faschistischer Kräfte? Und wenn ja: Inwieweit macht sich hierfür die sogenannte "Mitte der Gesellschaft" zur unfreiwilligen Helferin? Diese Leitfragen ziehen sich durch die in diesem Band versammelten, teils vieldiskutierten Essays und Gespräche von Stephan Trüby. Ihr

Stephan Trüby
Rechte Räume

Politische Essays
und Gespräche



Bauwelt Fundamente

Birkhäuser

Hintergrund: Viele westlich-liberal geprägte Demokratien erfahren derzeit einen bis vor wenigen Jahren kaum für möglich gehaltenen gesellschaftlichen Rollback. Dieses Buch zeigt, wie die politische Rechte in Deutschland und darüber hinaus die Architektur, die Stadt und das Land zu formen versucht.

- Politisch hochaktuelles Thema
- Für die Publikation überarbeitete Sammlung von Trübys vielbeachteten Texten
- Fortsetzung der Diskussion um die politische Dimension von Rekonstruktionen

Dass mit dem Aufschwung der politischen Rechten auch Aussagen zur Kultur im Allgemeinen und zur Architektur im Besonderen getätigt werden, zeigt auf erschreckende Weise dieses Buch, welches die teils vieldiskutierten Essays und Gespräche Stephan Trübys zum Thema „Rechte

Räume“ versammelt. Herausgegeben werden die Bauwelt Fundamente im Birkhäuser Verlag von Elisabeth Blum, Jesko Fezer, Günther Fischer und Angelika Schnel.

Videogespräch entstanden am 16. Oktober 2020

Eine explizit rechte oder linke Architektur mag es nach Ansicht von Stephan Trüby nicht geben. Gewiss ist jedoch, Architektur kann als Waffe genutzt werden, das macht sie im Einsatz gegen die Gesellschaft um so abweisender.

Rechte Räume. Politische Essays und Gespräche

von Stephan Trüby

Band 169 der Reihe Bauwelt Fundamente

Birkhäuser Verlag, Basel, Berlin

Broschiert, 288 Seiten, 135 Abb.

Größe: 14,4 x 2,2 x 19,1 cm

ISBN: 9783035622409 Titel anhand dieser ISBN

in Citavi-Projekt übernehmen

eBook

ISBN: 9783035622416

SPORT

Frankfurt empfängt Olympiamannschaft auf dem Römerberg

Es ist gute Tradition in Frankfurt, von internationalen Spitzensportereignissen heimkehrende Mannschaften nach ihrer Landung auf dem Flughafen feierlich auf dem Römerberg zu begrüßen. Oberbürgermeister Peter Feldmann hat daher am Montag, 9. August, die aus Tokio zurückgekommenen deutschen Athletinnen und Athleten der Olympischen Sommerspiele 2020 willkommen heißen. An der Zeremonie

nahm auch Alfons Hörmann, Präsident des Deutschen Olympischen Sportbundes (DOSB), teil.

Oberbürgermeister Feldmann: „Frankfurt sagt im Namen Deutschlands ‚Danke‘ - Athleten des deutschen Olympiateams auf dem Römerbalkon

Die Stadt empfing die Gäste im Kaisersaal. Zusätzlich gab sie den Sportbegeisterten auf dem Römerberg die Möglichkeit, die Feier im Rathaus Römer auf einer Videowand zu verfolgen und



Oberbürgermeister Feldmann: „Frankfurt sagt im Namen Deutschlands ‚Danke‘ - Athleten des deutschen Olympiateams auf dem Römerbalkon

die Athleten live zu erleben. Diese präsentierten sich auf dem Balkon unter Moderation des Sportjournalisten Jens Zimmermann pandemiebedingt in kleinen Gruppen und stellten sich seinen Fragen. Oberbürgermeister Feldmann begrüßte die Heimkehrer im Rathaus und die Fans unter freiem Himmel mit separaten Reden. Wer an der Feier auf dem Römerberg teilnehmen wollte, musste sich vorher anmelden und einen negativen Corona-Test vorlegen. Die Anzahl der Fans war aufgrund der Corona-Maßnahmen beschränkt.

„Frankfurt sagt euch im Namen Deutschlands ‚Danke‘!“, begrüßte Oberbürgermeister Feldmann die Mannschaft. Die Medaillengewinner trugen sich in das Goldene Buch der Stadt ein. Die DOSB-Equipe errang zehn Gold-, elf Silber- und 16 Bronzemedailles. Sie steht damit auf Platz 9 des Medaillenspiegels. „Das Ergebnis ist beeindruckend“, sagte das Stadtoberhaupt. Dabei betonte die Vorbildrolle der Athleten: „Sie

repräsentieren mit ihren Leistungen unser Land und unsere Werte.“

In 17 Tagen gaben 434 deutsche Sportler aus 33 Sportarten in 339 Wettkämpfen alles, um das Ziel einer olympischen Medaille zu erreichen. Von ihnen waren 92 unter den Gästen. Den Fragen von Moderator Zimmermann stellten sich auf dem Römerbalkon unter anderem der Turner Lukas Dauser, die Ruderer Jason Osborne und Jonathan Rommelmann, die Ringerin Aline Rotter-Focken, der Geher Jonathan Hilbert und die Kanuten Max Hoff und Jacob Schopf, die alle eine Medaille in Tokio gewinnen konnten.

Der Oberbürgermeister betonte in seiner Rede die schwierigen Umstände, unter denen die Wettbewerbe aufgrund der Corona-Pandemie stattfanden. Die Sportler waren streng isoliert und konnten sich nicht frei bewegen, wie es bei anderen Olympischen Spielen der Fall ist. Kontakte zu Teilnehmern aus anderen Nationen und

Besucher von Wettkämpfen anderer Disziplinen – sonst klassischer Bestandteil des Sportfestivals – fanden nicht statt. Zusätzlich mussten die Ränge in den Arenen leer bleiben. „Dabei sind es die Zuschauer, die den Sport zu etwas Besonderem machen“, bedauerte das Stadtoberhaupt.

Frankfurt ist „Zentrum des deutschen Sports“

Der Oberbürgermeister stellte in seiner Rede die enge Verbindung von Spitzen- und Vereinssport heraus. Denn Erfolge entstehen nur aus der Breite, sind doch die olympischen Disziplinen Amateursportarten. „Ich bedanke mich bei allen Sportverbänden, Vereinen und ehrenamtlichen

Helfern für ihre Arbeit. Ohne sie wären die Erfolge auf internationaler Ebene nicht möglich“, sagte Feldmann.

Der Oberbürgermeister nannte Frankfurt das „Zentrum des deutschen Sports“. Hierzu trügen neben Spitzenverbänden und –vereinen in der Stadt die sportliche Infrastruktur bei. Diese orientiere sich an dem Ziel einer wohnortnahen Grundversorgung. Bei dieser Entwicklung stehe die Stadt an der Seite der 430 Sportvereine und unterstütze die steigenden Nachfrage nach unorganisierten Angeboten.

Foto (c) Holger Menzel, Meldung: Presseinfo der Stadt Frankfurt am Main (pia)

KINO



WEM GEHÖRT MEIN DORF?

Regie: Christoph Eder (BRD) Spannender Dokumentarfilm mit viel Gegenwind bei Wachstum und Investitionen im Ostseebad Göhren auf Rügen

Kinostart 12. August 2021: Als die letzte unberührte Küste bebaut werden soll und das einzigartige, malerische Naturschutzgebiet in Gefahr ist, regt sich deutlich der Unmut unter einigen Bürger*innen. Seit Jahren dominiert eine Gruppe von Männern, die „Vier von der Stange“ den Gemeinderat. Sie unterstützen sämtliche Projekte eines millionenstarken Bauinvestors aus Nordrhein-Westfalen, der in Göhren nach der Wende so viele Hotels und Ferienhäuser baute wie kein anderer. Die engagierten Göhrener Nadine und ihr Vater Bernd erkennen schnell, dass sie nur gemeinsam mit Gleichgesinnten etwas ändern können. Sie gründen eine Bürgerinitiative und treten bei der Kommunalwahl an. Schaffen sie es, sich gegen das Geld und die Mächtigen zu stellen und ihr Dorf in eine andere Zukunft zu führen?

Diese Frage beantwortet der Film und bleibt durchgängig bei der Sache, schweift nicht ab und verläuft so ins Leere, sondern erzeugt einen Spannungsverlauf durch die politische Stellungnahme Einzelner und Mehrerer, die sich den Mut genommen haben, das Wort gegen diejenigen zu erheben, die scheinbaren Wohlstand und Investitionen nach Göhren gebracht haben. Doch Wohlstand ist nicht alles, die Vorzüge der kapitalistischen Gesellschaft können auch nach hinten losgehen und gewaltige Nachteile mit sich bringen. Der individuelle Entscheidungswille der Göhrener Bürger und Bürgerinnen darf durch unsolide Euro-Spekulationen nicht ins Hintertreffen geraten, lautet die Forderung dagegen. Die Bürger der Gemeinde Göhren sind aufgerufen dem bevorstehenden Unglück etwas entgegenzustellen. Die Ausschlichtung der örtlichen Ressourcen und seiner naturbelassenen Umgebung durch nicht in die Landschaft passende Hotel- und Klinikneubauten darf nicht



Filmposter

passieren. Großinvestoren lassen die nötige Rücksicht vermissen beim Landschaftsschutz. Ein Kapital, das letztlich unbezahlbar ist und jedem Hotel- oder Klinikpanorama ethisch entgegenstehen dürfte.

Nadine Förster ist in Göhren aufgewachsen und war jahrelang in der ganzen Welt unterwegs, um dann wiederzukommen. 2014 gründete sie zusammen mit anderen Bürger*innen und ihrem Vater die Bürger-initiative „Lebenswertes Göhren“. Sie ist die führende Kraft der Wähler*innengruppe „Bürger für Göhren“. Bernd Elgeti lebt schon immer in Göhren und setzt sich seit über 40 Jahren für den Naturschutz ein. Er und seine Tochter Nadine Förster sind zusammen die führenden Köpfe der Bürgerinitiative. Bernd will die wunder-schöne Natur im Biosphärenreservat rund um Göhren unbedingt erhalten und vor der Zerstörung durch Tourismusprojekte schützen.



Laufzeit: 96 Minuten, Deutschland 2021 / DCP / 1,78:1 Farbe Deutsch, **Verleih:** jip film & verleih

Buch & Regie: Christoph Eder

Mit: Nadine Förster, Bernd Elgeti, Markus Pigard, Wolfgang Pester, Wilfried Horst, u.a.

Kamera: Domenik Schuster

Ton: Michael Holz, Ludwig Müller

Filmmusik: Anna Kühlein

Schnitt: Patrick Richter Producerin: Claritta Kratochwil
Produzenten: Marcel Lenz, Guido Schwab – ostlicht filmproduktion

Koproduzenten: Filmuniversität Babelsberg
KONRAD WOLF

Rundfunk Berlin-Brandenburg

Gefördert von: Mitteldeutsche Medienförderung (MDM)

Medienboard Berlin-Brandenburg (MBB)

Verleihförderung: MDM, Film- und Medienförderung Mecklenburg-Vorpommern

Der Film zeigt auf, welche Gegensätze aufeinanderprallen beim Versuch die eigene Heimat vor willkürlicher Vernichtung zu beschützen. Die Auseinandersetzungen gehen so weit, indem Einwohnern der Gemeinde untersagt bleibt, einfach zu behaupten, diese Form der Investitionen

ziehen Wohnraumvernichtung im Ort nach sich. Es gibt immer weniger Wohnungen in Göhren, da vorhandene in Ferienwohnungen und Hotels umgewandelt werden. Darunter leiden die Einheimischen. Alles in allem eine einseitige Sichtweise, die durch sinnentleerte Umstrukturierung und ungewollte Neubebauung verursacht wurde. Aus landschaftlicher Vielfalt mit ausgedehnten Naturräumen entlang der Ostseeküste entstehen immer mehr die Inseln des Kapitalismus, welche Räume der Monotonie und Ohnmacht zur Folge haben. Diesen Gedanken zeichnet der Film mit seinen Stilmitteln konsequent nach, vermittelt die rege Diskussion, die in Form von Bürgerinitiativen und Akteuren viel Raum dazu gibt, sich gegen Missstände zu organisieren.

Ein ähnlicher Film ist "LANDRETTEN" (2021) von Regisseurin Gesa Hollerbach, der sich mit einer ebenso prekären Problematik innerhalb der Landbevölkerung befasst, aber meiner Meinung nach nicht so konsequent den Faden des Protests gegen die Verursacher der Missstände verfolgt, sondern durch mehrere völlig unterschiedliche Episoden versucht, eine Form der Vielgestaltigkeit in den Dokumentarfilm zu bringen. Sie



beklagt vor allem Investitionsmangel, Leerstand und Bauverfall bei alten Häusern. Hier ist die Doku "WEM GEHÖRT MEIN DORF?" szenisch eindringlicher gefasst, das Erinnerungsvermö-

gen und die Abläufe innerhalb der Gemeinde sind nachhaltiger und bleiben deshalb stärker im Gedächtnis verankert.

Interview mit Regisseur Christoph Eder WEM GEHÖRT MEIN DORF? (2021)

In seinen Filmen setzt sich der Regisseur und Autor Christoph Eder vor allem mit gesellschaftspolitischen Fragen unserer Zeit auseinander. Neben seiner Arbeit an Dokumentarfilmen ist er bei Online- und Fernseh-Produktionen tätig. Unter anderem führt er für das mit dem Grimme Preis 2019 ausgezeichnete



Christoph Eder

Satire-Format "Browser Ballett" (ARD/

ZDF) Regie. Eders Kurzfilme liefen auf nationalen und inter-nationalen Festivals



und wurden mehrfach ausgezeichnet. Er studierte Medien-kunst an der Bauhaus-Universität Weimar und Regie an der Filmuniversität Babelsberg KONRAD WOLF. Zusammen mit vier weiteren Filmemachern gründete er 2013 das KAMMER11 Filmkollektiv.

1. Was hat Sie dazu bewegt, diesen Film zu drehen?

Mit WEM GEHÖRT MEIN DORF? erzähle ich aus persönlicher Sicht eine große Geschichte über Demokratie in einem kleinen Dorf. Es ist ein Dokumentarfilm, der dringende Fragen zum Thema „Ausverkauf in den Kommunen“ stellt. Göhren auf Rügen ist meine Heimat, der Ort, an dem ich aufgewachsen bin. Ich bin nach meinem Schulabschluss weggezogen, aber meine Familie wohnt immer noch dort und irgendwann möchte ich auch wieder dort leben. Mir widerstrebt die Vorstellung, dass sich Göhren mit seiner malerischen Landschaft irgendwann zu einem leblosen Touristenort ohne soziale Strukturen entwickelt, der nur einmal im Jahr seinen Zweck erfüllt: Im Sommer zur Hauptsaison.

Ob es so kommt, entscheidet weitgehend die Mehrheit im Gemeinderat. Und weil es dort immer wieder Beschlüsse gab, die offenbar nicht für das Gemeinwohl durchgesetzt wurden, drehte ich diesen Film.

2. Welchen Fokus legen Sie dabei im Film?

Mich interessiert vor allem das Spannungsfeld zwischen den Interessen Einzelner und den Interessen der Gemeinschaft und welche Rolle dabei Kapital spielt. Am Beispiel von Göhren stelle ich im Film die zentralen Fragen: Wie wollen wir leben und wer bestimmt darüber? In meinem Film treffen Menschen aufeinander, die für sich glauben, das Richtige für ihren Heimatort zu tun und solche, die zu zweifeln beginnen und nach neuen Wegen suchen. Diese Entwicklungen erzähle ich nahe an den Protagonist*innen und öffne damit den Blick auf die Strukturen der Lokalpolitik und die Auswirkungen auf die Bürger*innen – aber auch die Handlungsmöglichkeiten und Chancen. WEM GEHÖRT MEIN DORF? erzählt von Menschen mit verschiedenen Ansichten und Zielen. Es ist ein Film über die Kraft der Demokratie.



3. Wie sehen Sie heute den Konflikt zwischen Naturschutz und touristischer Nutzung?

Ich denke, dass es keine Lösung ist, den Fokus weiterhin ausschließlich auf den Ausbau des Tourismus und auf Wachstum in Göhren zu legen. Die Infrastruktur auf Rügen ist jetzt schon im Sommer überlastet. Es braucht gemeinsame Lösungen für die ganze Insel, die dafür sorgen, dass Rügen auch ein lebenswerter Ort für die Einheimischen und für junge Familien bleibt. Eine große Chance sehe ich dabei unter anderem in einem nachhaltigen Tourismus, in neuen generationsübergreifenden Wohn- und Lebenskonzepten, damit Menschen bezahlbare Wohnungen finden und zusammenleben können. Auch die Digitalisierung spielt eine große Rolle. Jobs, die man aus dem Homeoffice machen kann, bieten neue Chancen für Menschen auf Rügen, aber auch anderswo, um zu bleiben oder außerhalb von Städten zu leben.

4. Welche Herausforderungen hatten Sie während des Drehs?

Die Menschen in Göhren kennen mich. Ich bin der Sohn vom Tischlermeister Eder im Dorf. Das

hat mir viele Türen geöffnet. Dennoch war viel Geduld und Zeit nötig, um das Vertrauen einiger Protagonist*innen zu gewinnen, wenn es um heikle Themen wie die politischen Entscheidungen im Dorf ging. Manche hatten Bedenken, sich zu bestimmten Themen vor der Kamera zu äußern. Im Mikrokosmos Dorf bestehen Abhängigkeiten und Verstrickungen, die manchmal Jahrzehnte zurückliegen. Dazu kommt, dass ich Protagonist*innen portraitierte, die sich untereinander nicht immer grün sind und unterschiedliche Ansichten haben – und das über einen längeren Zeitraum, in dem einige entscheidende Entwicklungen stattfanden. Das war sehr herausfordernd für mich.

5. Welche Entwicklungen gab es in Göhren seit der Wahl?

Einer unserer Protagonisten behauptete nach seiner Wahlniederlage, es habe Wahlfälschung gegeben und klagte gegen das Ergebnis. Das wurde direkt vom Verwaltungsgericht in Greifswald abgewiesen. Der neue Gemeinderat beschloss, dass der Südstrand ein Naturstrand bleiben soll und dass keine Wohnungen mehr in Ferienwohnungen umgewandelt werden dürfen,

mit dem Ziel, den Wohnraum in Göhren zu schützen. Aktuell gibt es Pläne für eine neue, sehr große Klinik am Südstrand, die noch durch den alten Gemeinderat beschlossen wurde. Es wäre mit Abstand das größte Gebäude auf diesem Teil der Insel. Und es stellt sich mir die Frage, ob es am Ende auch wirklich die versprochene Klinik wird und nicht wieder ein Wellness-Hotel, wie es schon einmal am Südstrand passiert ist. Der neue Gemeinderat versucht aktuell, die Investoren zu überzeugen, das geplante Gebäude kleiner zu realisieren und der Umgebung anzupassen. Die Diskussionen über die Zukunft Göhrens gehen also weiter.

6. Der Film greift Material aus Ihrem Familien-Video-Archiv auf – wie haben Sie Ihre Kindheit in Göhren in Erinnerung? Was hat sich für die nächste Generation heranwachsender Kinder hier ganz besonders verändert?

Ich hatte eine tolle Kindheit in Göhren. Wir waren ständig draußen unterwegs und haben viel in der Gemeinschaft unternommen. Meine Eltern hatten einen großen Freundeskreis mit vielen Kindern. Ich denke gerne an die Sommer am Strand zurück. Ich war mit meiner Schwester immer so lange baden, bis meine Lippen blau wurden und meine Eltern mich aus dem Wasser holten. Bis heute ist es für mich ein magisches Moment, wenn ich über die Düne gehe und das Meeresrauschen immer lauter wird. Es löst ein wohliges Gefühl in mir aus und lässt mich runterkommen. Deswegen beginnt der Film auch mit den Badeszenen am Strand.

Schon bei meinem Bruder, der 11 Jahre jünger ist als ich, war es ein anderes Göhren. Es gibt heute dort viel weniger Kinder und zwischen der Generation meiner Eltern und der ganz jungen Generation klafft ein riesiges Loch, weil viele weggegangen sind. Der Fußballverein, in dem ich früher gespielt habe, hat den Spielbetrieb aufgegeben, weil es nicht mehr genug Nachwuchs gibt. Es ist aber schön zu sehen, dass

andere Strukturen trotzdem noch vorhanden sind: Es gibt eine Schule und einen Jugendclub.

7. Was kann uns die Göhrener Kommunalpolitik über das Wesen der Demokratie lehren?

Wenn dir etwas wichtig ist, engagiere dich. Setze dich dafür ein und warte nicht so lange, bis es zu spät ist. Ja, Kommunalpolitik ist anstrengend, komplex und oft auch ein bisschen langweilig. Aber sie prägt deine unmittelbare Umwelt und kann auch sehr belebend und fruchtbar sein.

8. Zeigt der Film eine neu ostdeutsche Perspektive auf die Transformation des Ostens?

WEM GEHÖRT MEIN DORF? ist ein Film, der eine Geschichte über Demokratie in Ostdeutschland erzählt, ohne dabei das Ost-Klischeebild von Nazis, Plattenbauten oder Stasi zu reproduzieren. In meiner Recherche ist mir immer wieder aufgefallen, dass gerade die oft eindimensionale Berichterstattung über den Osten in den 90er-Jahren in einer Art und Weise bestimmt wurde, die die westdeutsche Perspektive als vorherrschendes Narrative etabliert hat. Auch über Göhren und Rügen gab es teils abwertende Fernsehbeiträge. Diese Sichtweise dominiert mitunter bis heute die Berichterstattung über den Osten Deutschlands und damit auch das Bild vieler Westdeutscher vom Osten – und gleichzeitig auch das Selbstbild der Ostdeutschen. Mein Film bricht mit diesen Klischees und ich glaube, dass es auch über 30 Jahre nach der Wende wichtig ist, sich darüber auszutauschen, was in den 90er Jahren passiert ist und wie es unser Land und die Menschen bis heute prägt. Meine Perspektive auf diesen Diskurs ist davon bestimmt, dass ich zwar in der DDR geboren wurde, davon aber nichts mehr mitbekommen habe. In meiner Lebenswelt waren aber viele Werte aus dieser Zeit präsent.